

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	66 (1987)
Heft:	1
Artikel:	Die Umweltverschmutzung macht an den Grenzen nicht halt : Umweltpolitik muss stoffbezogen werden
Autor:	Hauff, Volker
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340458

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umweltpolitik muss stoffbezogen werden

Von Volker Hauff, Mitglied des deutschen Bundestages

Spätestens seit dem Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums wissen wir um die weltweit verflochtenen Probleme der Industrialisierung, Bevölkerungszunahme, Rohstoffverknappung und Umweltzerstörung. Durch den Bericht Global 2000 wurden die Ergebnisse des Club of Rome präzisiert und bestätigt. Spätestens seit dieser Zeit ist vielen von uns bewusst, dass es kurz vor 12 ist. In einer nicht enden wollenden Kette von Ereignissen wurde uns immer wieder deutlich vor Augen geführt, dass wir allein mit einzelstaatlichen Massnahmen grenzüberschreitende Umweltprobleme nicht lösen können:

● Das Waldsterben hat dramatische Ausmasse angenommen. Nach den Schäden bei den Nadelbäumen eskaliert nun das Absterben auch alter Laubbäume. Ganz besonders bedroht sind auch die Wälder in Höhenlagen.

● Durch den sauren Regen, der in den nordischen Ländern überwiegend importiert wird, sind allein in Schweden mindestens 90 000 Kilometer Fließgewässer sowie über 20 000 Seen stark geschädigt und zum Teil ökologisch tot.

● Die zunehmende Verschmutzung des Mittelmeeres, der Ostsee und der Nordsee bedrohen diese Gewässer inzwischen in ihrem ökologischen Nerv. Jährlich gelangen in die Nordsee etwa folgende Mengen:

- 14 000 Tonnen Blei
- 100 000 Tonnen Öl
- 7 Millionen Tonnen Industriemüll, der durch Schiffe eingeleitet wird

- 5 Millionen Tonnen Klärschlamm und
- 4 Milliarden m³ ungeklärte Abwässer

Das alles in einem Jahr. Halbwegs sichere Abschätzungen über die Gesamtmenge chlorierter Kohlenwasserstoffe, die alljährlich in die Nordsee gelangen, gibt es bis heute nicht. Das alles führt dazu, dass in bestimmten Bereichen der Nordsee bis zu 40 Prozent der Fische Krebsgeschwüre zeigen.

● Der Unfall in Tschernobyl (nach Harrisburg) hat uns gezeigt, dass die Risiken der Atomkraft Wirklichkeit sind.

● Die Auswirkungen der Katastrophen von Seveso, Bophal, Sandoz und Ciba-Geigy haben unseren Blick für die Risikopotentiale der chemischen Industrie geschärft. Über 500 000 Fische, davon 150 000 Aale sind im Rhein verendet. Die Rheinflora und Fauna ist in grossen Teilen stark geschädigt und zum Teil völlig zerstört.

Die Schätzungen wann es wieder hergestellt sein wird, schwanken bei derzeitig sehr unvollständigem Kenntnisstand zwischen zwei und acht Jahren. Wie sich die Schadstofffracht langfristig, zum Beispiel im Wattenmeer in der Nordsee auswirken wird, also einem Gebiet, in dem viele Jungfische ihre Plätze haben, ist bis heute nicht abschätzbar. Es kann nicht bezweifelt werden: diese Unfälle haben nicht nur die Trinkwasserversorgung gefährdet (und von den Uferfiltraten des Rheins werden immerhin mindestens 20 Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt), sondern diese Katastrophen haben die Bemühung um die

Reinhaltung des Rheins um Jahrzehnte zurückgeworfen und viele der Erfolge zunichte gemacht, die in den letzten Jahren erreicht wurden.

Aus all den Beispielen lernen wir, dass im Umweltbereich alle Europäer von allen Entwicklungen gemeinsam betroffen sind. Für mich ist das wichtigste, von dem, was wir heute hier miteinander zu reden haben, die Tatsache, dass wir eine europäische Gegenmacht zu den Industriekonzernen brauchen. Die Geschichte der Umweltpolitik in allen westlichen Industrieländern, noch deutlicher in den östlichen Industrieländern, aber auch in den Ländern der Dritten Welt, hat gezeigt, dass jede einzelne Umweltmassnahme den Verursachern dieser Umweltbelastung mühsam Abgerungen werden musste. Grosskonzerne arbeiten international und häufig gelingt es ihnen, ein Land gegen das andere auszuspielen. Die Reaktion der konservativen Parteien auf die jüngsten Katastrophenfälle zeigen, dass diese ganz offensichtlich nicht bereit sind, jenseits dessen, was vom öffentlichen Druck her unvermeidlich ist, der Industrie wirklich eindeutige Vorgaben zu machen. Sie lassen sich immer wieder mit freiwilligen Vereinbarungen und Versprechungen der Industrie abspeisen. Und so traurig es ist: die Politik der freiwilligen Vereinbarungen, die in einigen Fällen auch erfolgreich war, sie ist nicht ausreichend. Die chemische Industrie insbesondere hat immer erst auf Unfälle gewartet, bis sie zu Umweltzugeständnissen bereit war. Dafür ein paar Bei-

spiele: Nach den schweren Unfällen bei Sandoz und Ciba-Geigy, will Sandoz, so öffentlich angekündigt, auf die Produktion von Quecksilberprodukten verzichten. Die Ciba-Geigy hat verkündet, sie wolle auf die Produktion von Atrazin, also das Zeug, das da nebenher ein bisschen in den Rhein geflossen ist, verzichten. Beide Entscheidungen hätten längst vor den Unfällen getroffen werden können. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) stellte am 14.11.1986 fest, es müsse als merkwürdig empfunden werden, dass in der deutschen Chemie seit Jahren Leitlinien für die Behandlung von Brandunfällen bei der Lagerung von Pflanzenschutzmitteln in Arbeit seien, die gerade jetzt in diesen Tagen verabschiedet werden sollen. Es wird der Branche schwerfallen, schreibt die FAZ, den Eindruck zu verwischen, erst das Unglück von Basel hätte den notwendigen Druck ausgeübt, die Leitlinien endlich in die Tat umzusetzen. Es zeigt zumindest, dass die Chemie sehr genau um die Gefährdung bei Pflanzenschutzmitteln weiß. Soweit das Zitat. Nach meiner Einschätzung, liebe Genossinnen und Genossen, ist nur die europäische Arbeiterbewegung und sind nur die mit ihr verbundenen Parteien in der Lage, ein entsprechendes politisches, also auch machtpolitisches Gegengewicht zu den Industriekonzernen aufzubauen.

Wo wirtschaftliche Macht zur Bedrohung für die Natur wird, ist es unsere Aufgabe, dieser wirtschaftlichen Macht Grenzen zu setzen. Das ist unsere Tradition als demokratische Sozialisten und in dieser Tradition müssen wir auch die Umweltpolitik sehen.

So wie es viele Jahrzehnte gebraucht hat, um die menschen-

unwürdige Ausbeutung zu überwinden. Und wie es auch gelungen ist, durch eine Vielzahl von Reformmassnahmen wie Krankenversicherung, eine geregelte Altersversorgung, eine gesetzliche Grundlage für den Mutterschaftsschutz, das Verbot der Kinderarbeit, um nur einige wenige Elemente zu nennen, die Ausbeutung des Menschen, wenn nicht zu überwinden, so doch in wesentlichen Teilen zu verringern. Die nächsten Jahrzehnte werden geprägt sein müssen, vom Kampf um die Überwindung der Ausbeutung der Natur in unserer Welt. Und es wird ähnlicher und vergleichbarer Anstrengungen bedürfen. Auch da wird es nicht den geradlinigen Weg geben, sondern es wird wieder Rückschläge absetzen, und wir tun gut daran, darauf vorbereitet zu sein, wenn wir uns an die Arbeit machen, um diese Aufgabe zu lösen. Damit eine Gegenmacht zu industriellen Komplexen geschaffen werden kann, muss und das ist die zentrale Aufgabe, ein Bündnis mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung geschaffen und gestärkt werden.

Dazu müssen die Informations-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmervertreter ausgebaut werden. Bei der Mitbestimmung darf der Umweltschutz kein Stiefkind sein.

Konkrete Antworten auf internationale Gefährdungen am Beispiel einer neuen, vorsorgenden Chemiepolitik

Lange vor den Chemiekatastrophen der jüngsten Zeit hat die SPD-Bundesratsfraktion ein Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik in enger Zusammenarbeit mit der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik erarbeitet.

Das Konzept geht von der Überlegung aus, dass wir Vorsorge statt Augenblickslösungen brauchen. Wir müssen wegkommen von der Katastrophe des Monats hin zu einer ökologischen Umweltgestaltung. Im folgenden werde ich an ein paar Eckpunkten zeigen, was das für eine konkrete Chemiepolitik heisst:

a. Ökologische Umweltgestaltung heisst:

Weg von einer rein auf die Umweltmedien Luft, Wasser und Boden bezogenen Umweltpolitik hin zu einer medienübergreifenden stoffbezogenen Umweltpolitik. Wir müssen uns klarmachen, dass die vielen tausend Tonnen Schadstoffemissionen aus Industrieanlagen, Hausbrand und PkW-Verkehr nicht nur die Luft belasten. Irgendwann – und wenn es in Schweden ist – gelangen die Schadstoffe auf den Boden und belasten den Boden. Irgendwann genügt die Filterkapazität des Bodens nicht mehr, um die Schadstoffe zurückzuhalten; sie gelangen ins Grundwasser. Über Luft, Nahrung, und Wasser gelangen die Schadstoffe dann wieder zurück zum Menschen. Die Umweltgesetzgebung kann sich nicht mehr länger damit begnügen, Gesetze zur Reinhaltung des Wassers und zum Schutz des Bodens zu verabschieden. Die einzelnen Gebiete müssen verzahnt werden. Unser Konzept für eine vorsorgende Chemiepolitik ist ein erster Ansatz für eine solche stoffbezogene, medienübergreifende Umweltpolitik.

b. Europaweites Programm zur Altstoffsafbereitung

Europaweit gibt es heute etwa 100 000 Altstoffe. Das sind all die Chemikalien, die vor Oktober 1980, das heisst vor Einführung des Chemikaliengesetzes auf dem Markt waren. Mit vielen dieser Stoffe kommen wir täglich in Berührung. Dennoch

ist von etwa 95 Prozent dieser Altstoffe so gut wie nichts über die Langzeitwirkungen:

- als Krebsauslöser
- als Ursache für chronische Krankheiten und Allergien
- als Ursache für fruchtschädigende und erbgenverändernde Wirkungen

bekannt. Eine systematische Aufarbeitung dieser Stoffe ist dringend vonnöten. Diese chemische Zeitbombe muss entschärft werden. Wir benötigen eine Schleppnetzfahndung nach den gefährlichen 500 bis 1000 Stoffen, wie Fachleute schätzen. Die Schwierigkeit besteht zunächst im Auffinden der gefährlichen Chemikalien und in einem zweiten Schritt in deren schneller Substitution. Es gibt Methoden, wie aus den Altstoffen mit Hilfe verschiedener Kriterien für den Arbeitsschutz, den Umweltschutz und den Gesundheitsschutz durch mehrfaches Selektieren die gefährlichen Stoffe herausgefiltert werden können. Mit Hilfe dieser Kriterien, bei denen Vergleiche der Molekülstrukturen eine wichtige Rolle spielen, ist es möglich, ohne alle 100 000 Stoffe zu testen, die gefährlichen Altstoffe in einem vernünftigen Zeitrahmen – wir schlagen dafür sechs Jahre vor – herauszufiltern.

Nur wenn wir die gefährlichen Altstoffe erkannt und eliminiert haben, werden wir vom Schadstoff des Monats und von der Katastrophe des Monats wegkommen.

Notwendig ist ein europaweites Programm zur Aufarbeitung der Altchemikalien. Dieses Programm muss nach einem vorgegebenen Zeitplan durchgeführt werden und darf kein Alibi für Untätigkeit sein.

c. Ein neues Haftungsrecht

Wer Umwelt zerstört, muss für den Schaden zahlen, den er angerichtet hat. Das gilt insbesondere bei Umweltschäden, die die nationalen Grenzen über-



Sozialistische Rheinanlieger-Parteien in Basel: Von links nach rechts: Kees Zijlstra (Holland), Helmut Hubacher (Schweiz), Volker Hauff (BRD)

Foto Keystone

schreiten. Dazu ist ein EG-weites Haftungsrecht zu schaffen, das auch offen für andere Staaten ist. Wo wirtschaftliche Macht zur Bedrohung von Mensch und Natur wird, muss dieser Macht eine Grenze gesetzt werden.

d. Drastische Erhöhung der Strafe für Umweltsünder

Umweltsünder sind keine Kavaliersdelikte. Sie sind ein Verbrechen an Mensch und Natur. Wer fahrlässig handelt, muss wirklich zur Verantwortung herangezogen werden. Die Gebühren für Ordnungswidrigkeiten sind drastisch zu erhöhen. Wer umweltkriminell handelt gehört hinter Gitter.

e. Aufbau der Öko-Polizei

Umweltsünder dürfen keine Chance mehr haben, die Umwelt zu zerstören. Wir brauchen eine hochqualifizierte, gut ausgerüstete Öko-Polizei, die Umweltsünder dingfest machen kann. Zu einem wirksamen Umweltschutz brauchen wir einen starken, handlungsfähigen Staat.

f. Schärfere Zulassungs- und Exportbedingungen für Pflanzenbehandlungsmittel

In Zukunft sollen nur noch Pflanzenbehandlungsmittel zu-

gelassen werden, bei denen auch die analytischen Verfahren vorhanden sind, um Rückstände im Trinkwasser festzustellen. Das gebietet die Erhaltung der Trinkwasserreserven. Es geht nicht an, wie es in der Bundesrepublik Deutschland zu Zeiten der Fall ist, dass für viele von den etwa 300 zugelassenen Pflanzenschutzmitteln keine ausreichende Analysenmethoden vorhanden sind und dass aus diesem Grunde der Grenzwert für Pflanzenbehandlungsmittel in der Trinkwasser-Verordnung erst ab 1.10.1989 in Kraft tritt.

Pflanzenbehandlungsmittel dürfen nicht in Länder der Dritten und Vierten Welt exportiert werden, wenn nicht ausreichende Zulassungsforderungen erfüllt sind. Eine Ausfuhrerlaubnis für Pflanzenbehandlungsmittel darf es nur geben, wenn diese bei uns zugelassen sind oder wenn sie in einem anderen Land entsprechend unseren Anforderungen zugelassen sind.

g. Internationale Störfallplanung

Der Warn- und Alarmplan des Rheins muss verbessert werden, insbesondere muss es nach den Pannen im Zusammenhang mit den jüngsten Chemie-

Katastrophen eindeutige – auch im Katastrophenfall funktionierende – Informationsstränge geben. Darüber hinaus sind im Rahmen einer internationalen Störfallplanung vollständige Informationen über Produkte, Lagerbestände sowie die Art der Lagerung unverzüglich zusammenzustellen und laufend zu aktualisieren.

Über Informationsbeschaffung und Informationsaustausch hinaus müssen internationale Hilfe- und Beistandsabkommen für Katastrophenfälle erprobt werden.

h. Die Arbeitnehmer sind an Entscheidungen zum Umweltschutz massgeblich zu beteiligen, nur so ist der Aufbau einer

Gegenmacht zu industriellen Komplexen möglich.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik bei der Erstellung unseres Chemiekonzeptes war. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bei Hermann Rappe für seine konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich halte es für ganz wichtig, die Informations-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmervertreter auszudehnen. Bei der Mitbestimmung darf der Umweltschutz kein Stiefkind sein. Betrieblich Beauftragte für Störfälle, Abwasser, Luft und Abfall müssen mit ent-

scheidenden Kompetenzen ausgestattet werden. Ein Kündigungsschutz für diese Personen muss rechtlich abgesichert sein. Darüber hinaus ist es wichtig, das Bündnis der internationalen Gewerkschaftsorganisationen zu stärken. Nur dadurch und durch organisatorische und institutionelle Verbesserungen kann ein Gegengewicht zu den industriellen Komplexen geschaffen werden.

Darüber hinaus halte ich eine Zusammenarbeit mit Umwelt- und Verbraucherorganisationen für wichtig. Um die angesprochenen Probleme zu lösen, muss ein neuer Konsens gefunden werden, mindestens aber eine neue Mehrheit.

Die Chemiepolitik in der Europäischen Gemeinschaft

Die Verschmutzung ist grenzüberschreitend

Von Beate Weber*

Wenn es nach Minamata/Japan, Seveso/Italien und Bhopal/Indien noch eines Beweises bedurft hätte, dass «Seveso überall» ist: der 1. November 1986 hat ihn in Basel endgültig erbracht.

All die vielen Entschuldigungen die man für die bisherigen Chemieunfälle immer wieder anführen konnte, für Sandoz/ Basel treffen sie nicht zu. Man muss also heute mit grossem Ernst feststellen, dass es im Augenblick und bei der derzeitigen Gesetzes- bzw. Kontrollage keine Chemieproduktion, keine

Chielagerung und keinen Chemietransport gibt, der ein nächstes «Tschernobäle» mit Sicherheit ausschliessen könnte. Dies gilt für die Mitgliedsstaaten der EG ebenso wie für die restlichen Staaten dieser Erde. Wir haben in den letzten Wochen aber auch erfahren müssen, dass das, was wir als schlimme Folge-Unfälle angesehen haben, wohl eher schmutziger Alltag ist. Mangelnde Wachsamkeit, weniger Kontrolle und fehlendes Bewusstsein haben diese täglichen «Pannen» oder auch absichtlichen Verschmutzungen bisher nicht feststellen lassen.

Wollen wir aus Katastrophen und Unglücken dieser Art überhaupt lernen, so kommen wir an der Beantwortung der entscheidenden Frage nicht vorbei:

– Sind wir den Eigengesetzlichkeiten eines riesigen wissenschaftlich/technischen Apparates hilflos ausgeliefert, oder – gibt es noch eine Chance, diese technisch/ökonomischen Prozesse so zu lenken, dass auch unsere Kinder noch eine gute Zukunft vor sich haben? Ohne Zweifel ist die Liste der Erfolge der vergangenen 200 Jahre Chemieproduktion stolz und beeindruckend. Hungersnöte sind in Europa dank der Agro- und Lebensmittelchemie inzwischen unbekannt; Seuchen und Epidemien sind verschwunden und die moderne Medizin wäre ohne die Entdeckungen der Chemie nicht vorstellbar.

Aber es gibt eben auch die andere Seite der Medaille: die Katastrophen von Minamata, von

* Beate Weber ist Mitglied des Europäischen Parlamentes in der sozialistischen Fraktion. Sie leitet im Europäischen Parlament den Ausschuss für Umweltfragen.